

## Vermögenssteuer – Neid oder Gerechtigkeit?

Die größte und heftigste Finanz- und Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit ist nicht vorbei. Ihre katastrophalen Folgen prägen immer noch das Schicksal von Millionen Menschen weltweit. Nur dank zahlreicher Konjunkturpakete wurde die wirtschaftliche Talfahrt beendet. Banken, die sich verzockt hatten, wurden rekapitalisiert. Finanziert durch neue Staatsschulden. Nun fordern die Wirtschaftsweisen, die EU-Kommission, die EZB und zahlreiche Lobbyisten diese „strukturellen Defizite“ ab 2011 abzubauen. Es solle hart gespart werden. Denn das gesamtstaatliche Defizit müsse ab 2013, wie im Euro-Stabilitätspakt vorgesehen, wieder auf höchstens 3% des Bruttoinlandsprodukts sinken. Musterschüler Deutschland geht sogar noch weiter: Ab 2016 sind sogar nur noch 10 Milliarden Euro bzw. 0,35% des BIP erlaubt – Schuldenbremse sei Dank. Diese Schieflage wird von der schwarz-gelben Koalition durch Steuergeschenke für Vermögende und Besserverdiener noch zusätzlich verschärft. Sie treiben die krisenbedingten Steuerausfälle zusätzlich um eine zweistellige Milliardensumme in die Höhe. Unter Sparzwang wird das Regieren in Ländern und Kommunen zusehends unmöglich. Mangelverwaltung und Ausgabenkürzungen werden zur Hauptsorge der Politiker. Dies trifft zuerst diejenigen, die auf öffentliche Dienstleistungen dringend angewiesen sind: die sozial Schwachen. Wenn aber staatliches Tafelsilber verhökert und öffentliche Aufgaben Privaten übertragen wird, bleibt für alle nur ein Schmalspur-Staat übrig. Unter diesen Umständen ist eine Diskussion über eine Wiedereinführung der 1997 abgeschafften Vermögenssteuer mehr als berechtigt. Das passt zwar nicht zur Klientelpolitik der Regierungsparteien, Wirtschaftsverbände und Lobbyisten. Aber warum sollen die oberen 30% unserer Bevölkerung, die über ca. 90% des Vermögens verfügen, keinen Beitrag zur Finanzierung der öffentlichen Ausgaben leisten?

Die Vermögenssteuer ist weder eine „leistungsfeindliche Neidsteuer“ noch bürokratisch. Sie begünstigt weder Kapitalflucht noch kann von Enteignung der Reichen die Rede sein. Zudem ist die Nachkriegszeit längst vorbei, in der Vermögensaufbau volkswirtschaftlich durchaus sinnvoll war.

Die meisten Industriestaaten haben weit höhere vermögensbezogene Steuern. Deutschland hingegen ist für Vermögende eine Steueroase. Deutschlands Steueraufkommen besteht lediglich zu 0,9% des BIP aus vermögensbezogenen Steuern, also aus Grundsteuern, Erbschaftssteuern, Vermögenssteuern und Kapitalverkehrssteuern.

Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer würde 16 bis 21 Milliarden Euro jährlich in die Staatskassen spülen und einen kleinen aber wichtigen Beitrag zur Steuergerechtigkeit leisten.

Einnahmen des Staates aus vermögensbezogenen Steuern\* in ausgewählten OECD-Staaten 2006 (in Prozent zum BIP)

